Solidarität ist grenzenlos: kein Grenzland Frankfurt (Oder)

Beschluss der 1. Tagung des 8. Kreisparteitages am 07. Mai 2022

Seit geraumer Zeit kommen Geflüchtete aus verschiedensten Ländern über die Grenze von Belarus nach Polen in die EU und nach Deutschland. Dabei wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Wenn es Menschen geschafft haben über die zunehmend militarisierte Grenze zu treten, müssen sie unter katastrophalen Bedingungen bei allen Witterungen im Wald ausharren. Sie sind der ständigen Gefahr von Pushbacks, also teilweise gewalttätigen Verdrängungen zurück nach Belarus ausgesetzt. Die Zone rund um das Grenzgebiet wird vom Rest Polens isoliert und den Geflüchteten Zugang zu Wasser, Nahrung und Medizin verwehrt. Menschen und NGOs die den Geflüchteten praktisch helfen wollen, sind Repressionen durch den polnischen Staat ausgesetzt.

Hierzulande werden bereits wieder generelle Grenzkontrollen, eine Aufrüstung und weitere Militarisierung der Bundespolizei sowie Verschärfungen des Asylrechts gefordert. Nazis inszenieren sich als Grenzschützer:innen und machen offen Jagd auf Menschen an der Oder-Neiße-Grenze.

Dabei ist die Oder-Neiße-Grenze historisches Symbol des Sieges über den deutschen Faschismus. Reise- und Bewegungsfreiheit für Menschen in Abwesenheit von Grenzkontrollen ist eines der deutlichsten Symbole und Errungenschaften Europas. Eine Europäische Union, die ihre Außengrenzen zu Todesfallen macht und umringt ist von ihr betriebenen, menschenunwürdigen Lagern passt nicht zu den humanitären Werten, die sie vorgibt zu achten.

Die Doppelstadt Frankfurt/Slubice steht symbolisch für ein menschenwürdiges, geeintes und grenzenloses Europa. Dieses Europa wird bedroht von all jenen, die Aufrüstung, Abschottung und Nationalismus fordern sowie Rassismus schüren. Dieses Europa wird nicht nur von Nazis bedroht, sondern auch von vielen politischen Entscheidungsträger:innen der „Mitte“, die rechte Diskurse bedienen und in praktische, menschenfeindliche Politik umsetzen. Wir stellen uns konsequent dagegen und setzen uns für einen sozialen und humanitären Aufbruch ein.

Deswegen fordern wir:

- Die Achtung und Umsetzung von universellen Menschenrechten für Geflüchtete und die Zurücknahme der Asylrechtsverschärfungen
- Legale Einreisemöglichkeiten und Fluchtrouten in die EU, insbesondere die sofortige Einrichtung eines sicheren Korridors aus Belarus durch Polen nach Deutschland
- Die Schaffung eines offenen und solidarischen Einwanderungsrechts und ein schnelles humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Belarus
- Die konsequente dezentrale Unterbringung der Geflüchteten
- Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei Unterbringung und Integration Geflüchteter
- Die Abschaffung von Hartz IV samt Niedriglohnsektor und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 € für alle Menschen, die hier leben
- Das Verbot von Rüstungsexporten und eine finanzielle Beteiligung der Rüstungsindustrie an Aufnahme und Integration Geflüchteter

Wir solidarisieren uns mit allen, die Geflüchteten helfen und gegen menschenunwürdige Politik in Deutschland, Polen, der EU oder Belarus kämpfen. Wir unterstützen die Initiative „No Borderlands“ weiterhin und setzen unsere Zusammenarbeit mit antifaschistischen und antirassistischen Strukturen fort. Frankfurt sollte kein Grenzland sein, sondern in der Mitte eines offenen, solidarischen und menschenwürdigen Europas stehen.